

Antrag 41/I/2025

Jusos

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Der/Die Landtagsfraktion möge beschließen: Der/Die Landesvorstand möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

Erwiesene Verfassungsfeinde nach Einzelfallprüfung aus Staatsdienst entfernen

1 Der SPD-Landesparteitag for-
2 dert die SPD Landtagsfraktion
3 und den SPD-Landesvorstand
4 dazu auf, darauf hinzuwirken,
5 dass alle Beamt*innen und
6 Beschäftigten im öffentlichen
7 Dienst mit AfD-Mitgliedschaft
8 einer Einzelfallprüfung unterzo-
9 gen werden. Es muss geprüft
10 werden, ob diese zusätzlich zu
11 ihrer Mitgliedschaft die rassisti-
12 schen, national-völkischen und
13 rechtsextremen Positionen der
14 Partei unterstützen und für diese
15 einstehen.

16 Wenn dies der Fall ist, muss
17 es das Ziel sein, diese Verfas-
18 sungsfeinde aus dem Staats-
19 dienst zu entfernen, um unse-
20 re freiheitlich-demokratische
21 Grundordnung zu verteidigen.
22 Wir fordern - auch von der
23 zukünftigen Spitze des Innen-
24 ministeriums - gegen erwiesene

Könnte auf Annahme gesetzt werden bei allgemeinerer Formulierung, Bezug auf alle Verfassungsfeinde statt konkreter Parteienennung

25 extremistische Verfassungsfein-
26 de nicht nur politisch, sondern
27 auch juristisch entschieden vor-
28 zugehen und entsprechende
29 Verfahren einzuleiten.

30 Bei Einstellungen in den öffent-
31 lichen Dienst soll bei einer be-
32 kannten AfD-Mitgliedschaft ge-
33 prüft werden, ob Bewerber*in-
34 nen gegen die freiheitlich demo-
35 kratische Grundordnung einge-
36 stellt sind und somit nicht ange-
37 stellt werden sollten.

38

39 **Begründung**

40 Mit der Einstufung der gesam-
41 ten AfD durch den Verfassungs-
42 schutz als gesichert rechtsextrem
43 gibt es nun einen weiteren kla-
44 ren Hinweis auf die Gefahr, die
45 von der AfD und ihren Mitglie-
46 dern ausgeht. Wichtig ist hierbei
47 außerdem, dass der Verfassungs-
48 schutz selbst nicht im Verdacht
49 steht, linksextreme Tendenzen zu
50 haben. Es wäre fahrlässig, auf-
51 grund der begründeten Gefahr
52 unserer Demokratie nun nicht zu
53 handeln.

54 Die wissenschaftliche Studie
55 des Instituts für Menschenrech-
56 te "Rassistische und rechtsextre-
57 me Positionierungen im Dienste
58 des Staates? Warum ein Eintreten

59 für die AfD mit der verfassungs-
60 rechtlichen Treuepflicht nicht
61 vereinbar ist“ legte schon 2022
62 vor, warum gegen Personen im
63 öffentlichen Dienst vorgegangen
64 werden sollte, die für die AfD
65 eintreten.